

## Die Wahrheit in brutto und netto

Gastkommentar in der Financial Times Deutschland vom 10.2.2004

Die europäische Integration nur monetär bewerten zu wollen wäre völlig verfehlt. Denn schon ihre ökonomische Komponente – der Binnenmarkt – hat nicht nur zusätzliches Wirtschaftswachstum, sondern auch zusätzliche Freiheiten für die Menschen gebracht. Unschätzbar wertvoll ist darüber hinaus die nun schon fast 60 Jahre währende Ära des Friedens in Europa.

Kleinkrämerisch scheint deswegen der Streit um die Finanzplanung der EU für 2007–2013, in der erstmals auch die Kosten der Erweiterung vollständig zu berücksichtigen sind. Die EU-Kommission will den EU-Haushalt aufstocken: Für die Osterweiterung seien zusätzliche Mittel unbedingt erforderlich. Sie orientiert sich dabei an der festgelegten Eigenmittelobergrenze von 1,24 Prozent. Im Vergleich zum jetzigen Haushaltsvolumen von etwa einem Prozent des Sozialprodukts geht es also um eine Steigerung von 24 Prozent. Der deutsche Finanzminister wehrt sich jedoch gegen die drohenden zusätzlichen Belastungen für den Bundeshaushalt: Die EU könne Deutschland nicht wegen der Überschreitung der Defizitgrenze des Stabilitätspakts kritisieren und ihm gleichzeitig neue Milliardenzahlungen aufbürden. Beide Positionen scheinen auf den ersten Blick plausibel. Bei näherem Hinsehen sieht es jedoch anders aus.

Der wahre Kern des Streits bleibt für die meisten Bürger unklar. Denn die wirkliche Belastung der Bürger wird hinter einer saldierten Größe, der sogenannten Nettobelastung, versteckt: Deutschland zahlt jedes Jahr aus dem Bundeshaushalt einen Beitrag an die EU; 2002 waren es knapp 18 Milliarden Euro. Umgekehrt fließen EU-Mittel zweckgebunden auch nach Deutschland, zum Beispiel Subventionen an deutsche Landwirte und Strukturfonds-Gelder nach Ostdeutschland. Die Differenz aus beidem ist die Nettobelastung. Bei dem politischen Gefeylsche spielt diese Nettobelastung eine zentrale Rolle. Für die Bürger jedoch spielt sie überhaupt keine Rolle. Ein Bankangestellter in Frankfurt etwa trägt zwar über seine Steuerzahlung zur Finanzierung der EU bei. Er erhält aber, wie die meisten Deutschen, keine Zahlungen der EU; von diesen profitiert nur eine Minderheit, etwa die Landwirte. Für die Masse der Bürger ist daher nicht die Nettobelastung Deutschlands interessant, sondern ihr individueller Anteil an dem deutschen Bruttobeitrag von knapp 18 Milliarden Euro, den sie über ihre Steuern zu tragen haben.

Diesen Anteil kennen die Bürger aber nicht. Deshalb wäre es wünschenswert, daß er transparent gemacht würde. Das ließe sich dadurch erreichen, daß der EU-Beitrag Deutschlands nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern isoliert finanziert würde, indem die allgemeine Einkommensteuer um den EU-Beitrag abgesenkt und dafür eine Europa-Einkommensteuer erhoben wird (nicht zu verwechseln mit einer EU-Steuer, die von der EU erhoben würde und die gravierende Nachteile hätte).

Dann könnte jeder auf seinem Einkommensteuerbescheid lesen, wieviel Steuern er für den deutschen Staat und wieviel Steuern er für die EU bezahlt. Wenn man den heutigen deutschen EU-Beitrag der Einkommensteuer zuordnet, zahlt jemand, der 5000 Euro Einkommensteuer abführt, faktisch 4450 Euro für den deutschen Staat und 550 Euro für

Brüssel. Ohne daß sich an der Gesamtbelastung für den einzelnen Bürger etwas ändert, kann und sollte man beide Beträge über jeweils eine eigene Steuer auch getrennt erheben und ausweisen.

Wenn man so die Kosten der EU transparent macht, wird auch der derzeitige Finanzierungsstreit für die Bürger nachvollziehbar:

Deutschland will den EU-Haushalt auf dem heutigen Niveau belassen. Bei dieser Lösung würde der Steuersatz der deutschen Europa-Einkommensteuer konstant bleiben. Allerdings müßten die vorhandenen EU-Mittel ab Mai 2004 wegen der Osterweiterung nicht mehr auf 15 Staaten, sondern auf 25 Staaten verteilt werden. Daher würden deutsche EU-Subventionsempfänger weniger Geld aus Brüssel bekommen.

Die EU-Kommission will dagegen, unterstützt von den Staaten, die am meisten von europäischen Subventionen profitieren, eine Aufstockung des EU-Haushalts um bis zu 4 % durchsetzen. So könnten die Subventionsmittel für die Beitrittsstaaten aufgebracht werden, ohne die Subventionen in den alten Mitgliedstaaten zu kürzen. Die deutschen Steuerzahler hätten bei dieser Regelung 2003 rund 5 Milliarden Euro mehr an Brüssel gezahlt. Wer heute 4450 Euro für den deutschen Staat und 550 Euro für die EU zahlt, müßte dann faktisch 4450 Euro und 700 Euro bezahlen.

Die Zusatzbelastung wäre für jeden direkt spürbar und ließe sich nicht mehr im Bundeshaushalt verstecken. Vielmehr würde allen deutlich, um welche Frage es sich beim Streit um die Finanzplanung dreht: Sollen wir in Deutschland höhere Steuern bezahlen, um mehr europäische Subventionen, z.B. in der Agrarpolitik, zu finanzieren?

Diese Frage werden gerade die Menschen, denen die europäische Integration viel wert ist, mit Nein beantworten. Denn mit mehr Subventionen wird Europa sein nächstes großes Ziel nicht erreichen: bis 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

*Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik*